



Hedi Büttler und Käthy Rüegg auf der Goleten, einem Sömmerungsbetrieb ob Laupersdorf, der der Bürgergemeinde gehört.

Bild: Hanspeter Bärtschi

«Wir sind Sesselkleberinnen»

40 Jahre amtierten Käthy Rüegg als Gemeindeschreiberin und Hedi Büttler als Verwalterin bei der Bürgergemeinde Laupersdorf.

Anja Neuenschwander

Käthy Rüegg und Hedi Büttler stehen neben dem Sömmerungsstall Goleten ob Laupersdorf und blicken auf das Dorf hinab. Vierzig Jahre lang waren sie dort als Gemeindeschreiberin und Verwalterin für die Bürgergemeinde tätig. Diese hat den Stall in den 1960er-Jahren gebaut und verwaltet ihn seither. Mitte der 1980er-Jahre, als die beiden Frauen ihre Stellen antraten, wohnte noch ein Hirt in dem Zimmer, in dem sie nun auf ihre Zeit bei der Bürgergemeinde zurückblicken.

Alles begann damit, dass der damalige Parteipräsident der CVP (heute Mitte) bei ihnen klingelte und fragte, ob sie sich einen Posten bei der Bürgergemeinde vorstellen könnten. Beide sagten zu und wurden damals noch in einer Urnenwahl gewählt. Sie nahmen ihre Arbeit gleichzeitig mit dem ersten Kopiergerät auf der Bürgergemeinde auf; die eigentliche Bütz ging aber immer noch von Hand: Büttler trug die Rechnung auf einer Buchungsplatte ein, Rüegg protokollierte in Steno, bevor sie alles auf der Schreibmaschine abtippte.

«Das erste Mal hatte ich etwas Herzklopfen», erinnert sich Rüegg an ihre allererste Gemeindeversammlung. Doch danach fand sich schnell eine Routine: «Heute bereitet mir kein einziges Protokoll mehr Kopfzerbrechen.» Nicht einmal eine der grössten Versammlungen während ihrer Amtszeit, bei der es um den möglichen Bau eines Asylzentrums ging – über 100



Die Forst – im Bild der Forstbetrieb – gehört mittlerweile zum Zweckverband Forst Dünnerntal. Bild: Patrick Lüthy

Anwesende sowie der Regierungsrat waren vor Ort – brachte die heute 71-Jährige aus der Ruhe.

Auch für Verwalterin Hedi Büttler stand die Zeit nicht still: «Bei mir hat es sich massiv verändert», sagt sie. Damit meint zum einen die «Harmonisierten Rechnungsmodelle» (HRM), von denen sie zunächst den Wechsel auf HRM 1 und später auf HRM 2 vollziehen musste. Zum anderen ist da die Digitalisierung, welche vor allem Vorteile mit sich brachte: «Die Arbeitslast ist jetzt viel weniger», sagt Büttler.

Kampfwahlen sind Geschichte

Diese Entwicklung ist aber nicht nur den neuen Technologien geschuldet, denn die Bürgergemeinde hat in den letzten Jahren

einige ihrer Aufgabenbereiche eingebüsst: Die Sozialhilfe wurde zunächst Sache der Einwohnergemeinden und dann zum Zweckverband zusammenschlossen.

Ähnlich verhielt es sich mit der Forst, die heute dem Zweckverband Forst Dünnerntal angehört. Die Heimatscheine werden ebenfalls nicht mehr von der Bürgergemeinde ausgestellt. Zudem scheint die Bürgergemeinde auch an Bedeutung im Dorf eingebüsst zu haben: «Früher gab es Kampfwahlen für den Bürgerrat, heute sind es stille Wahlen», erinnert sich Rüegg.

Verliert die Bürgergemeinde an Relevanz? Tatsächlich gab es bereits Diskussionen über eine Integration der Bürger- in die Einwohnergemeinde Laupersdorf, erinnern sich die beiden.

Doch von den Bürgern gab es Widerstand.

Und auch Rüegg und Büttler betonten die Bedeutung der Bürgergemeinde: «Wenn die Bürgergemeinde an die Einwohnergemeinde fällt, dann geht die Forst etwas vergessen», ist sich Büttler sicher. Heute bewirtschaftet die Bürgergemeinde Laupersdorf neben dem Sömmerungsstall Goleten auch die Waldhütte Hasenbödeli, den Werkhof, Allmendland sowie Grossteile des Gemeindewaldes. Zudem gehört die Einbürgerung nach wie vor zu ihren Kernaufgaben.

Protokolle in Spitzschrift gefunden

Dass die Bürgergemeinde schon lange Zeit eine wesentliche Rolle im Dorf gespielt hat, zeigt auch das Archiv, welches die

beiden Frauen in den letzten Wochen in ihren Ämtern aufzuräumen. Heimatscheine aus dem 18. Jahrhundert kamen zutage, und einige schwer zu entziffernde Texte: «Wir fanden Protokolle in Spitzschrift, die wir nicht mehr lesen können», erzählt Rüegg. Beide seien erstaunt gewesen, wie fein säuberlich schon damals alles dokumentiert und aufbewahrt wurde.

Nun werden sich die von ihnen verfassten Dokumente ebenfalls im Archiv einreihen. Nach vier Dekaden und fünf Bürgergemeindepräsidenten hätten sie nun einen guten Zeitpunkt für einen Abschluss gefunden. «Wir sind eigentlich Sesselkleberinnen, wir sollten aufhören», das hätten sie sich schon eine Weile lang gesagt, meint Rüegg schmunzelnd. Aber es habe sich immer ein Grund gefunden, um weiterzumachen: «Weil wir es einfach gerne machten», sagt sie. Büttler pflichtet ihr bei.

Nun geben sie die Posten an zwei Nachfolgerinnen aus dem Dorf ab. So kann sich Büttler mit 67 Jahren in den Ruhestand begeben und sich ihren Enkelkindern und der Handarbeit widmen. Rüegg sei derweil auf der Suche nach dem nächsten Jöbbli, sagt sie lachend. Zudem habe sie noch einige laufende Vormundschaftsmandate von ihrem Beruf als Sozialarbeiterin. An Beschäftigung wird es beiden also bestimmt nicht mangeln. Nur für die Bürgergemeinde legen sie nun ihre Stifte – oder heutzutage eher ihre Computertastatur – nieder.

Kommentar

Kein Platz in der Gesellschaft

«Mit allen Mitteln» wehrt sich Härkingen gegen den Beschluss des Regierungsrats, auf dem Areal des ehemaligen kantonalen Werkhofs einen Standplatz für Schweizer Fahrende zu errichten. Die Beschwerde ist seit ein paar Tagen deponiert. Man müsse die Interessen der Bevölkerung vertreten, sagt der Gemeindepräsident. Diese will die Fahrenden nicht im Dorf. Das Gäu allgemein und Härkingen im Speziellen seien bereits genug belastet, so der Tenor.

Wovor fürchten sich die Härkinger? Sind es Berichte über Kolonnen mit Dutzenden Wohnwagen, die Parkplätze oder Felder in Beschlag nehmen? Oder spuken Schauer-märchen über diebische Fahrende, vor denen man Frauen und Kinder in Sicherheit bringen muss, in den Köpfen? Falsch wäre beides.

Schweizer Fahrende sind in kleinen Gruppen unterwegs. In Härkingen gäbe es Platz für 10 bis 15 Wohnwagen. Im Winter würden demnach 15 bis 30 Jenische und Sinti dort wohnen und arbeiten. Das bringt die Gemeinde nicht aus dem Gleichgewicht, ihre Bevölkerung würde zwischenzeitlich um zwei Prozent wachsen. Mehr Sinn macht das Argument, wonach auf dem Areal lokales Gewerbe angesiedelt werden soll. Es ist einerseits verständlich, dass die Gemeinde Platz für Firmen schaffen will. Andererseits gehört das besagte Land eben nicht Härkingen, sondern dem Kanton. Dieser hat die Interessen aller Solothurnerinnen und Solothurner wahrzunehmen, dazu gehören auch die Jenischen und Sinti.

Etwa 10 Prozent der 30 000 Jenischen und Sinti sind Fahrende. Seit sie 1995 als nationale Minderheit anerkannt wurden, ist die Schweiz verpflichtet, die Rahmenbedingungen für sie so zu fördern, dass sie ihre Kultur weiter pflegen können. Dennoch gibt es in Solothurn auch 30 Jahre nach dem Beschluss erst einen Standplatz für sie: in Grenchen, neben der Kläranlage.

Noch bis in die Mitte des letzten Jahrhunderts hat man den Fahrenden in der Schweiz die Kinder weggenommen, um ihnen ihre Lebensweise auszutreiben. Das gehört zum Glück in die Vergangenheit. Verstörend ist, dass den Jenischen und Sinti aber auch im Jahr 2025 ein fester Platz in der Gesellschaft verwehrt bleiben soll.

Eva Berger
eva.berger@chmedia.ch